

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Abend außer an Sonn- und Festtagen um 7 Uhr in der  
folgenden Tageszeitung: Lübecker Volksbote, Journalstraße 50, nach der Post zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 2 Mk., halbjährlich 3 Mk., jährlich 5 Mk., Vorbestellungen sind zu machen.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für  
Besammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 20 Pfg.  
Zerleger für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24

Sonntag, den 28. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Preis für die Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 26. Januar

19. Sitzung, Mittags 1 Uhr

Von Bundesrathsrath: v. Bosadowsky

Auf der Tagesordnung steht: Die Fortsetzung der zweiten Staatsberatung (Reichsamt des Innern) zur Erweiterung kommt zunächst der in dem bereits bewilligten Titel Staatssekretär eingebrachte Antrag des Prinzen Scherach-Carolath, nach welchem noch in diesem Etatsjahre im Nachtragsetel ein Beitrag des Reichs zu dem Straßburger Goethe-Denkmal in Höhe von 50000 Mk. bewilligt werden soll.

Prinz zu Scherach-Carolath (Polj. b. d. Rath): Straßburg, die wunderbare Stadt, deren Straßensystem sich dem Wesen entgegenstellt, ist wie kein anderer Punkt im Deutschen Reich geeignet ein Denkmal unseres Goethe zu erbauen. In Straßburg stehen die Denkmäler der tapfersten Helden, die Kaiserin Katharina, die Kaiserin Maria Theresia, die Kaiserin Elisabeth, die Kaiserin Alexandra; da soll auch das Denkmal eines Deutschen stehen, als Sinnbild der festen Zusammengehörigkeit der Reichsländer mit dem deutschen Volk. Dieses Denkmal soll gewissermaßen ein Zeichen sein, daß wir dem Geist dieses Jahrhunderts, der so viele Ideale, auch politische Ideale verewlicht hat, hinüberzueilen in das neue Jahrhundert, an dessen Schwelle wir stehen, aber nur durch den Geist des Materialismus nicht. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag diese Forderung der Männer des großen Dichters nicht verweigern wird. (Bravo!)

Miff (Polj. a. d. B.): Die Stadt Straßburg weiß die Ehre wohl zu würdigen, daß das Denkmal des größten Dichters des deutschen Volkes, ja, der Menschheit, ihren Unsterblichkeitssymbolen soll. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Schäfer (Zentr.): Es ist ja gefährlich, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Denn wenn nicht der Willkürherrschaft, so würde man doch als Gegner desselben sicher des Willkürherrschaft beschuldigt werden. Dennoch will ich es wagen und zwar aus ganz praktischen praktischen Beweggründen. Es handelt sich dabei gar nicht um die wissenschaftliche und dichterische Bedeutung Goethe's; die ist unbestritten. Es handelt sich vielmehr darum, ob gerade Straßburg zur Errichtung des Goethe-Denkmal's geeignet und ob gerade als Vorbild des Patriotismus für die neu wiedergewonnene Jugend Elsaß-Lothringens anzusehen ist. Doch ganz abgesehen davon, meine ich, Straßburg müßte dies Unternehmen, zu dem es die Anregung gegeben hat, nun auch zu Ende führen, dann hätte es auch größere Ehre davon. (Weiterkeit.) Ferner, bedenken Sie doch die Konsequenzen. Wie heute für Goethe der Anfang gemacht werden sollte, könnte leicht aus der Mitte des Hauses auch für andere Männer leicht dasselbe verlangt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Heine!) Meinem Wege auch Heine, ich habe nichts dagegen. Aus allen diesen Gründen bin ich also gegen den Antrag, auch auf die Gefahr hin, für einen Willkür gehalten zu werden. (Bravo! im Centrum.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums der Bundeskommission überwiesen.

Zum Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“ erhält das Wort

Heine (S.D.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Eingabe lenken, die vor einer Reihe von Jahren von dem Bureau-Angestellten der Rechtsanwalte, Gerichtsvollzieher u. s. w., kurzum von dem sog. Schreibenden, an den Reichstag gerichtet wurde und auch an die Reichskommission für Arbeiterstatistik gegangen ist. Die Sache ist dann auch soweit gediehen, daß keine Zeit in der letzten Sitzung, der Herr von Holtzberg präsidirte, beschlossen wurde, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage zu setzen, ob die Kommission für diese Sachen zuständig sei. Seit der Zeit ist dann nichts weiter in der Sache geschehen. Ich wollte daher die Anregung geben, daß man sich wieder in erhöhtem Maße dieser Angelegenheit zuwenden möge. Meine Herren! Es handelt sich hier um einen erheblichen Kreis von Personen, die sich in einer ganz außerordentlich großen rechtlichen und wirtschaftlichen Nothlage befinden. Es gehören dazu die Bureauangestellten der Rechtsanwalte, Notare, Krankenkassen, Berufsvereinigungen, Berufsvereinigungen, sowie auch Buchhalter, die bei landwirtschaftlichen Unternehmern thätig sind. Zunächst handelt es sich darum, die Verhältnisse dieser Kategorien statistisch festzustellen. Ich denke an die Enquete der Kommission für Arbeiterstatistik über die Lage der Handlungsgehilfen, die ja ohne Zweifel die Grundfrage der gesetzgebenden Thätigkeit des Reichstages auf diesem Gebiete gewesen ist und so den Handlungsgehilfen eine erhebliche Besserstellung gebracht hat. Am besten stehen sich zur Zeit noch die betreffenden Angestellten der Berufsvereinigungen und einiger Krankenkassen, merkwürdigerweise gerade solcher, die — horribile dictum! — unter sozialdemokratischer Leitung stehen. Am schlimmsten steht es dagegen mit den Schreibern, was sich auch daraus erklärt, daß zumeist Personen, die es sonst zu nichts bringen konnten, in diesen Stand hineingedrängt werden. Im Uebrigen aber herrscht vor Allem in den Bureaus der Rechtsanwalte eine über alles Maß gehende Konkurrenz. So standen nach einer Enquete von 1845 in Berlin vierhundert Schreibern 785, also über die Hälfte, im Alter von 14—18 Jahren (Hört! hört! links); 412 Personen waren 18—25 Jahre alt, und nur 348 über 25 Jahre alt, woraus hervorgeht, daß man hier massenhaft junge Leute einstellt und sie abhört, wenn man sie nicht mehr braucht. Die Gehaltsverhältnisse dieser Leute sind natürlich gleichfalls außerordentlich schlecht, wie die Petitionen der Angestellten dieser Berufsgruppe beweisen, die siezeitlich an den Reichstag kamen. Der Berliner Anwalts-Verein hat sich vor ein paar Jahren die Mühe genommen, eine Privatenquete zu veranstalten, um die Angaben der Angestellten zu prüfen. Die Zahlen sollen zwar vertraulich bleiben, aber das Eine ist allgemein

bekannt geworden, daß die Verhältnisse sich oft noch schlechter herausgestellt haben, als nach den Angaben der Gehilfen zu erwarten war. Noch schlimmer sind übrigens, wie bekannt, die Verhältnisse in den Bureaus der Gerichtsvollzieher. Die Arbeitszeit ist eine überaus lange, sie dauert meist von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends. Daß ein so langes Sitzen in der Schreibstube den jugendlichen Körper ruinieren muß, ist selbstverständlich. Die moralischen Folgen sind natürlich auch nicht besser, denn ein Kind, das tagsüber der Familie entzogen ist, geht sittlich zu Grunde, zumal das, was es im Bureau lernen lernt, nicht gerade geeignet ist, seine Moral zu heben. Die Behörden haben zur Besserung dieser Verhältnisse bisher nichts gethan. Seit neuerdings erlich der vertriebenen, Kämpfer an Anhängern, um sich über die Lage dieser Angehörigen zu informieren. Natürlich wird es in diesem unglücklichen Schreiben, wenn auch die Klagen vielfach übertrieben sein werden. Der Herr Minister müßte also schon im Voraus, wenn er fragt: Die Klagen waren jedoch nicht übertrieben, denn ein Jahr darauf erließ der Justizminister einen neuen Erlass, durch den wenigstens die Gerichtsvollzieher gezwungen werden sollten, ihre Angestellten nicht mehr so andäulend und zu diesen, hohle jährlich verschiedene Schemata ausfüllen sollten. Nun, wenn die Verhältnisse der Angestellten durch Ausfüllen von Schemata um nichts gebessert, und außerdem ist auch der Justizminister gar nicht in der Lage, auf die Rechtsanwalte einen Einfluß auszuüben. Hier ist die Selbstthätigkeit der Angestellten an der Hand, der Anwälte u. s. w. Der Herr Minister müßte sich vornehmen, ihren Verhältnissen einen anständigen Minimumlohn zu zahlen, der große Majorität der Mitglieder aber sprach sich dagegen aus, natürlich im Interesse der „Reinheit“ des Einzelnen. Vielleicht wäre es auch gar nicht in den gemachten Untersuchungen des Anwaltsvereins geschehen, wenn nicht seine Zeit der ehrenwürdige Vorsitzende desselben, Justizrath Lewy, von seinem Vortrager ermerdet wäre. Dieser gänzliche Verlotterung sich durch diese That veranlaßt, genug erkennbar. Vor Allem also ist es dringend notwendig, daß sich die Kommission für Arbeiterstatistik über ihre Zuständigkeit klar macht, eine Enquete aufnimmt und daß dann diese Zustände gesetzlich geregelt werden. Man hat gesagt, diese Kommission ist gegründet, um die Arbeitverhältnisse der Sozialdemokraten als solche zu untersuchen. Da ist es doch merkwürdig, daß gerade die Sozialdemokratie immer Prüfung ihrer Angaben durch diese Kommission verlangt. (Zehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bebel (S.D.): Der Etat für die Kommission für Arbeiterstatistik ist vielleicht der einzige, der stets überhöht ergibt. Die 39 000 Mk. werden bei weitem nicht aufgebraucht, sondern lediglich 2985 Mk., also ein Ueberschuß von 36 015 Mk.! Woher kommt diese seltene Staats-Ersparnis? Im Jahre 1897/98 haben nur wenig Sitzungen stattgefunden; und das war auch bereits im Jahre vorher der Fall. Wenn wir uns nun fragen: Warum kommt denn die Kommission so selten zusammen? Die nächstliegende Antwort wäre da: Sie hat keine Arbeit, keine Gelegenheit, sich zu beschäftigen. Aber das scheint wenig plausibel. Vor etwa 4 bis 5 Jahren prüfte die Kommission die Arbeiterverhältnisse und hat sie dann in den 4 folgenden Jahren nicht weiter geprüft. Es würde also schwer zu verstehen sein, daß die Kommission wirklich so wenig Thätigkeit gehabt hat, zusammen zu kommen, wenn man nicht weiß, daß inzwischen, namentlich vor 2—3 Jahren, ein förmlicher Sturm über die Kommission unternommen wurde, zu dem Zweck, ihre Thätigkeit lahm zu legen. Es hieß da, die Kommission sei nicht dazu da, um Thatsachen über die Beschäftigung der Arbeiter mitzutheilen, sondern lediglich, um statistische Berechnungen anzustellen. Eine Erklärung in diesem Sinne hat ja auch vor einigen Tagen der Abg. Müller hier abgegeben. Diese Auffassung der Thätigkeit der Kommission ist aber eine durchaus irrthümliche. Als wir 1891—92 die verschiedenen Mißstände, namentlich in den Bäckereibetrieben, behandelten, da hat das damals Vorgebrachte wesentlich dazu beigetragen, daß die Gründung der Kommission für Arbeiterstatistik erfolgte. Wir haben dem natürlich zugestimmt und gesagt, daß wir so etwas stets unterstützen würden, weil uns immer daran gelegen ist, die Wahrheit über die Zustände in den einzelnen Gewerben zu erfahren. Ich hatte damals in einer Broschüre über das Bäckereigewerbe eine Anzahl von Thatsachen angeführt, die ein außerordentliches Aufsehen erregten und dazu führten, daß eine Reihe von Polizeibehörden angewiesen wurden, die Bäckereiverhältnisse zu untersuchen. Und das ergab sich denn, daß wir auch nicht in einem einzigen Falle eine Uebertreibung nachgewiesen werden konnte. Im Gegenteil, die Zustände waren zum Theil viel schlimmer, als ich sie in meiner Broschüre dargestellt hatte. Und was dann aus den Untersuchungen der Kommission herauskam, das sprach nur für das, was ich bereits ausgeführt, und dies Material gab dann dem Bundesrath die Veranlassung, eine Bäckereiverordnung zu erlassen. Diese Bäckereiverordnung — und das will ich gerade den neuerlichen Ausführungen der Herren Ortel und Vielhaber gegenüber betonen — hat sich als lange nicht ausreichend erwiesen, so daß sich einzelne Behörden noch zu besonderen ergänzenden Vorschriften veranlaßt sahen. So z. B. der Senat von Hamburg und die Dresdener Amtshauptmannschaft. Glauben Sie mir, meine Herren, keine dieser Behörden hätte sich entschlossen, so weit zu gehen, wenn nicht durch amtliche Berichte die geradezu ständischen Zustände zu Tage getreten wären. Es besteht nun die wunderbare Thatsache, daß der Bundesrath auf Grund genauer Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik zu der Bäckereiverordnung geschritten ist, und daß diese heute nur noch auf dem Papier steht. Die Bäder sagen: Wir können diese Verordnung nicht halten, sie schädigt uns in unserer Existenz. Es ist aber nichts nachgewiesen, was diese Behauptung rechtfertigen könnte. Und der beste Gegenbeweis liegt in der Thatsache, daß ein Theil der Bäder diese Verordnung tatsächlich streng hält. Also müßten sie doch auch die anderen halten können, und sie würden es auch thun, wenn die Polizeibehörden mit aller Strenge darauf drängen würden. Es wäre auch absurd, anzunehmen, daß der Bundesrath so leichtfertig eine Verordnung erlassen könnte, die den Unternehmern schadet! Aber trotz der erwiesenen Durchführbarkeit der Bäckereiverordnung sorgen die Behörden nicht im Mindesten dafür,

daß sie respektiert wird. Der Verhaß der sächsischen Bäckereimänner hat offen erklärt: daß seit Erlass jener Verordnung kein Bäckereimeister mehr anbekraft sein würde, wenn die Polizei auf ihre genaue Einhaltung drängen würde. Wir würden die Behörden sich wohl verhalten haben, wenn auf einem sozialdemokratischen Parteitag so etwas in Bezug auf ein Gesetz gegen die Arbeiter erklärt werden würde! Mit welcher Energie sie da eingegriffen haben! Aber wenn hier eine Vereinfachung angelehener Staatsbürger öffentlich die Uebertretung einer Realgesetz Verordnung proklamirt, so hört die Polizei das mit Seelenruhe an, ohne sich zu rühren. Das ist ein unhaltbarer Zustand; es sind nur zwei Fälle möglich: entweder die Verordnung wird ordentlich eingehalten, oder man schafft sie ab. (Zehr richtig!) Ich bin allerdings der Ansicht, daß sie entbunden durchgeföhrt werden kann. Es ist bekannt, daß überall da, wo in anderen Ländern man Verordnungen erlassen hat, für das Bäckereigewerbe besondere gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, man viel weiter gegangen ist als bei uns. Gehen Sie nach England, gehen Sie nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, gehen Sie nach der Schweiz, gehen Sie nach Dänemark, gehen Sie nach Australien! (Zerleger.) Ueberall bestehen weit schärfere Bestimmungen, ohne daß das Bäckereigewerbe darunter zu Grunde gegangen ist. Wir können daher mit Recht darauf dringen, daß von Seiten des Reichsamts des Innern Schritte darauf gehen wird, daß die Polizeibehörden eingehalten werden, für die Durchführung der Verordnung Sorge zu tragen. In dieser Hinsicht hat die Stuttgarter Polizeibehörde mich erfreut. Sie hat sich veranlaßt gesehen, eine Verordnung zu erlassen, die eine strenge Verhaftung für die Uebertretung der Bäckereiverordnung in Aussicht stellt, mit dem ausdrücklichen Bemerkens: die Nachlässigkeit in der Einhaltung derselben ist daher zu rühren, daß die Verfügung auf Änderung vorhanden ist; die Polizei werde sie aber so lange streng durchzuführen, als sie eben besteht! (Bravo!) So geht es sich. Bei uns in Preußen aber huldigt man ganz anderen Grundsätzen. Das geht nicht so fort! Was ist denn die Folge dieser steten Uebertretungen? Ein beständiger Krieg zwischen den Meistern und ihren Angestellten, beständige Demonstrationen. Die Arbeiter können sich eben nicht anders helfen, sie müssen Anzeige erstatten. Wir Sozialdemokraten sind gegenüber der Bäckereiverordnung in einer ganz merkwürdigen Lage. Sie geht uns auch nicht allernützlich weit genug; was wir wünschen, ist etwas ganz Anderes. Und doch sind wir die einzige Partei im Reichstage, welche für sie eintreten muß, weil alle übrigen Parteien ihre Aenderung oder gänzliche Aufhebung wünschen. Wir sind also die einzigen Verteidiger dieses Regierungswortes! Um nochmals auf die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik zu kommen, so kann ich nur dringend wünschen, daß ein anderes Tempo in ihren Beratungen eintrete. Die Kommission soll die Regierung und den Reichstag über alle Arbeiterverhältnisse aufklären. Sie hat nicht bloß statistische Arbeiten herzustellen, sondern vor Allem auch Thatsachen über die Lebensweise der Arbeiter zu bringen. Bis jetzt ist aber nur für die Bäckerei und Konfektion etwas Greifbares herausgekommen. Man spricht zwar auch von Erhebungen über das Gastwirthsgewerbe, aber noch ist hierüber Näheres nicht bekannt. Und überall sind sie ebenso notwendig, so im Verlehrs- und in der chemischen Industrie, in gewissen Hausindustrien, z. B. in der Tabakhausindustrie. Wenn die Kommission das Alles thun wollte, dann müßte sie Wochen und Wochen zusammensitzen: Arbeit hätte sie dann in Hülle und Fülle! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Bosadowsky erwidert, daß vor der Kommission für Arbeiterstatistik ebrachte Material werde gegenwärtig bearbeitet. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sein werden, würden die Vorschläge der Kommission mitgeteilt werden. Was die mangelhafte Ausführung der Bäckereiverordnung anlangt, so müssen diese Beschwerden bei den Einzelanträgen vorgebracht werden; der Reichsanwalt hat keine Exekutivbefugnis in den Einzelstaaten. Wo das Reichsamt des Innern die Exekutivbefugnis hat, läßt es sie auch kräftig aus. Ueber das Gastwirthsgewerbe sind bereits über 70 Vertrauenspersonen vernommen worden; die Protokolle werden in den nächsten Tagen dem Referenten der Kommission, Herrn Wollensbahr, gehen. Erhebungen über andere Gewerbe: Glasbläseereien, Metallschleifereien, Thomaschlackefabriken, Wein- und Zink-Betriebe u. s. w. sind in Aussicht genommen.

Ortel (R.): Wenn der Bundesrath der Vater der Bäckereiverordnung ist, so könnte man Herrn Bebel als ihren Großvater bezeichnen. (Weiterkeit.) Herr Bebel weiß auf den Beschluß der sächsischen Bäckereimänner hin; das ist doch kein Beschluß, das ist einfach eine Thatsache; die Bäder können eben die Bäckerei-Verordnung nicht halten. Die Bäckereiverordnung hat ein völliges Spionier- und Denunzir-System gezeitet. Sie ist nach jeder Richtung hin unhaltbar und muß aufgehoben werden. Herr Bebel meint, die Ausführungen seiner Schrift seien nicht widerlegt. Aber die Gegnerschaft des gesammten Hauses, abgesehen vom Centrum, hätte ihn eines Besseren belehren sollen. Und auch das Centrum scheint jetzt zu einer etwas anderen Ansicht gelangt zu sein. (Abg. Hise [S.] schüttelt den Kopf.) Dringend geboten ist, daß man in der zu erwartenden Bäckereiverordnung nicht dieselben Bahnen wandelt. Vestigia terrant. In einem hat Herr Bebel Recht, es giebt noch sehr viele Betriebe, in denen man Erhebungen über allzu große Beschäftigungszeit anstellen sollte: z. B. über die in sozialdemokratischen Konsumvereinen, in denen eine Arbeitszeit von 16 Stunden vorkommt, und die Angestellten gezwungen werden, von der Feier des 1. Mai abzugehen! Redner erachtet sodann nochmals die Regierung, bei all ihren sozialen Reformen vor Allem das Interesse des Mittelstandes zu wahren.

Pöhlner (nl.) erklärt, der Kommission dürfe überhaupt nie die Initiative überlassen werden; sie dürfe nur als Sachverständigen-Rath verhandelt werden. Mit der Bäckereiverordnung sei die Regierung zu übereilt vorgegangen. In großen Betrieben könnte sie durchgeföhrt werden, in kleinen und mittleren schwierig. Die Kommission für Arbeiterstatistik solle mit Erhebungen darüber betraut werden, wie man am Besten den Konsequenzen dieser Verordnung begegnen könne. In anderen Ländern nehme man bei dem Erlass solcher Verordnungen auf die in Frage kommenden Berufsgruppen ganz andere Rücksicht als bei uns.

(Den Schluss des Reichstags bringen wir morgen ausführlich und geben deshalb im Folgendem nur einen vorläufigen Bericht nach dem „Hamd. Corr.“)

Der Herr führt aus, es sei Pflicht des Staatssekretärs, den Bundesrath auf Verlegungen seiner Verordnungen seitens der Bundesstaaten aufmerksam zu machen. Er hoffe, daß der Staatssekretär mit der Zeit dem Gedanken eines Arbeits-Amtes näher treten werde. Die Ausgaben in seiner Wäckerel-Broschüre seien nicht übertrieben gewesen, was Redner an verschiedenen Beispielen zu beweisen sucht.

Der Herr führt aus, ein großer Theil des Mittelstandes habe viel schwerer zu tragen als der Arbeiter, der Beweis hierfür sei längst erbracht.

Schwarz-München (b. V. N.) weist darauf hin, daß die Wäckerelverordnung in München andurchführbar gewesen sei, weil sie vielfach über das Ziel hinausgeschle.

von Stamm (Reichsp.) führt aus: Die Kommission für Arbeiterstatistik erfüllt ihre Aufgabe vollkommen, wenn sie alles Material sammle, sichte und dem Reichsamt des Innern überweise.

Mollenbuhr (SD.) erklärt, wenn die Lage der Wäckerelgesetzten den Wäckerlern so beneidenswert erscheine, könnten sie sich ja leicht in diese erstrebenswerthe Lage verlegen.

Plye (C.) meint, neues Material für die Debatte liege nicht vor, daher auch keine neue Gesichtspunkte. Die Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik seien bisher recht dankenswerth. Wenn übrigens die großen Wäckerlungen schon etwas gethan hätten, um den Arbeitslosen abzuwehren, so hätten die Regierungen nicht erst einzuschreiten brauchen.

Seifert (SD.) erklärt, die Durchführung einer weiteren Beschränkung der Arbeitszeit sei möglich.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Müller, Abside-Kaiserslautern und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Stamm, Dertel und Mollenbuhr wird der Titel bewilligt, ebenso weitere Positionen.

Beim Kap. 10, „Statistisches Amt“, bemerkt B. S. d. e. Kaiser-Kaiserslautern, nach dem Statistischen Jahrbuch betrage das Anwachsen der Anzahl der letzten Jahres auf einen Plus von 1 000 000 in der Eisen-Industrie. Daher habe man von einem Aufschwung in dieser Industrie gesprochen. Leider sei die betreffende Zahl ein Druckfehler. Die Thronrede spreche auch von einem allgemeinen Wohlstand; aber der Mittelstand in Stadt und Land befinde sich auf einem absteigenden Ab.

Dr. B. o. e. l. (bei seiner Frakt.) wünscht statistisches Material über Zwangsversteigerungen und die dabei verloren gehenden Werthe.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. von Stamm, Werner, Abside und Müller-Sagan wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

## Politische Meinungen.

### Deutschland.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Fraktionssitzung am Mittwoch die Abgg. Zubeil und Zupauer für die Gewerbegerichts-Kommission, den Abg. Schenklauf als Redner für den Entwurf zum Bankgesetz, den Abg. Mollenbuhr als Redner für den Entwurf zum Invaliden-Versicherungsgesetz bestimmt. Ferner hat die Fraktion auf Wunsch des Abg. Schmidt-Magdeburg beschlossen, einen Antrag einzubringen, der Reichstag möge die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Schmidt wegen Vergehens der Majestätsbeleidigung erteilen.

Die Röllerei vor dem Landtage. Die Ausweisungspolitik des Oberpräsidenten von Röllerei unterlag Mittwoch aus Anlaß einer von den Freisinnigen eingebrachten Interpellation der Kritik des preussischen Abgeordnetenhauses. Wie bei der Zusammenkunft dieses Parlamentes vorauszu sehen war, stellte sich die Mehrheit der „Volkvertreter“ auf die Seite Röllerei's und der sein Vorgehen billigenden Staatsregierung. Der tiefe Gegensatz, der zwischen Volk und Regierung zu Tage tritt, kann hier nicht zum Ausdruck gebracht werden, denn die auf Grund des „elendsten aller Wahlsysteme“ gewählten Abgeordneten sind nun einmal nicht die Vertreter des Volkes, sondern Vertreter des Geldsacks. In einer ausgezeichneten Rede wies der Begründer der Interpellation, Abg. Dr. Barth, auf die kleinen Polizeimaßregeln hin, die die dänische Bevölkerung in Nord-Schleswig erbittert hätten und dem Deutschthum nur Schaden brächten. Wie die Repressionspolitik gegen Zentrum und Sozialdemokratie nur das eine bewirkt hätten, daß erstere heute die mächtigste, letztere die stärkste Partei Deutschlands sei, so würden auch die Maßregelungen des Herrn von Röllerei die dänische Agitation nur stärken, nicht aber ihr ein Ende bereiten. Freiherr v. d. Rade zitierte nach berühmten Mustern zum angeblichen Beweis für die Gefährlichkeit der dänischen Agitation Stellen aus allen möglichen Reden und Zeitungen, wobei er leider das Unglück hatte, entweder nicht ganz genau zu zitieren oder aber Jahre zurückliegende Äußerungen zu verlesen. Herr v. d. Rade hat diesmal auch bewiesen, daß er wohl im Stande ist, einen selbstständigen Gedanken zu entwickeln. Er konstruirte nämlich einen Unterschied zwischen solchen, die sich objektiv und solchen, die sich subjektiv lästig gemacht haben — eine echt Rednerhafte Beweisführung, derzufolge schließlich jeder Staatsbürger einmal in Verdacht kommen kann, objektiv einen Mord begangen zu haben. Die anwesenden Minister mögen wohl selbst das Gefühl gehabt haben, daß die Rednerische Rede ihren Zweck nicht erfüllen kann. Deshalb sprang außer dem Kultusminister Dr. B. o. s. s. e. auch Herr v. Miquel seinem Kollegen bei. Aber auch ihnen gelang es nicht, die Nothwendigkeit der in Schleswig befolgten Politik zu beweisen und wenn die Mehrheit des Hauses nicht von vornherein auf Seiten der Regierung gestanden hätte, — die Ministerreden hätten sie schwerlich überzeugt. Auf die Seite des Herrn v. Röllerei stellten sich die Konservativen und Freikonservativen, in deren Namen Graf Rolke, der Sprößling eines stark dänisch infizierten Adelsgeschlechtes, gegen die Dänen wüthete, und ganz besonders die Nationalliberalen, die drei Redner entsandten, die Abgeordneten Bachmann, Jürgen sen und Dr. Friedberg. Es waren lauter keimfreie Kriegervereinsreden, die den 27. Januar vorahnten. Von den Rednern, die sich gegen die Interpellation hatten einschreiben lassen, sprach besonders wirksam der Abg. M. u. e. l., der in seiner be-

kannten feierlichen Art die ganze Sinnlosigkeit der Röllerei darlegte. Auch der vielangegriffene Däne Hanssen sprach recht wirksam. Nach dem Verlauf der Debatte zu urtheilen, wird Herr v. Röllerei es in Zukunft nur noch „böller“ treiben.

Ein Kleiner von den Seinen! In unsern Tagen, da Graf Posadowsky zur Campagne für die Buchhaus-Vorlage eifrig rüstet, kann es nicht Wunder nehmen, wenn auch andere Beamte ihren schönen Eifer gegen die freisinnigen Arbeiter zu bekunden sich angelegen sein lassen. Auf diesem schönen Eifer ist ein merkwürdiger Boykott zurückzuführen, mit dem sich kürzlich die Eisenbahnverwaltung zu beschäftigen hatte. In Spandau spielt die denkwürdige Angelegenheit, just in derselben Stadt, aus welcher sich, wie wir berichteten, Graf Posadowsky so schönes Material zur Begründung der Buchhausvorlage hat kommen lassen. Eine Spandauer Korrespondenz berichtet:

Der Vorsteher des Lehrter Güterbahnhofes in Spandau hatte eines Tages angeordnet, daß Fuhrwerke der Pichelsdorfer Brauerei, welche für das Personal des Bahnhofes hier anlieferen, nicht mehr zugelassen werden sollten. Er begründete diese Anordnung mit dem Hinweis auf die Haltung der Brauerei in dem großen Streit der Brauereiarbeiter. Danach sei die Brauerei aus dem Ring der Brauereien Berlins und Umgegend ausgetreten und sei seitdem von sozialdemokratischer Seite sehr begünstigt worden. Auf eine Beschwerde der Brauerei und des bestellten Wirthes hat die Eisenbahndirektion Berlin jedoch die Anordnung des Bahnhofsvorstehers als ungerechtfertigt aufgehoben, und die Bierwagen der Pichelsdorfer Brauerei bringen nach wie vor hier nach dem Lehrter Güterbahnhof in Spandau.

Der arme Herr Vorsteher muß sich also mit dem Bewußtsein begnügen, Großes und Schönes gewollt zu haben. Daß sein Wollen so gar keine Anerkennung gefunden hat, ist freilich traurig, aber noch ist nicht aller Tage Abend: Vielleicht beschreitet man späterhin doch noch einmal den Weg, den der leider verarmte Sozialpolitiker auf dem Lehrter Güterbahnhof in Spandau gemessen hat.

Der militärischen Feier in Hannover, der Verleihung aller hannoverscher Namen an die preussischen Regimenter, wird von Blättern, die der Regierung nahe stehen, eine antiwelfische Bedeutung beigelegt. So schreiben die „Neuesten Nachrichten“: „Der König hat damit als Landes- und Kriegsherr die unzertrennliche Zugehörigkeit Hannovers zu Preußen von Neuem in einer Weise betont, die allen welfischen Aspirationen, die etwa in neuerer Zeit wieder aufgelebt waren, ein jähes Ende bereitet. In militärischer Gewand gekleidet, hat dieser Schritt eine große politische Bedeutung.“ Die „Nationalzeitung“ sagt: „Die Bedeutung dieser Feier war eine antiwelfische. Sie sollte dorthin und hat in ein drucksvoller Weise bekundet, daß alle ruhmvollen Erinnerungen der alten hannoverschen Arme nurmehr mit denjenigen des 10. preussischen Armekorps verschmolzen sind, in welchem die Hannoveraner seit dreißig Jahren dienen und im Jahre 1870 ruhmvoll gekämpft haben. Die Welfen, und zwar die braunschweigischen ebenso wie die hannoverschen, sollten endlich auf die Selbstläufungen verzichten. . . . Auch die Hoffnung, den Sohn des Herzogs von Cumberland dadurch auf den braunschweigischen Herzogsstuhl zu bringen, daß man ihn in ein preussisches Regiment eintreten ließe, ist völlig grund- und haltlos.“

Zu der Polizeikomodie in Kairo wird der „Voss. Ztg.“ vom 18. d. Mts. geschrieben, daß die wegen eines angeblichen Bomben-Attentates verhaftet gewesenen Thelener mittelweilte ausnahmslos entlassen worden seien, da sich jeder Verdacht als unbegründet erwiesen hat. Die Leute scheinen nicht einmal Anarchisten zu sein. — Herr v. d. Rade hat die egyptischen Attentäterien noch eben erst im Abgeordnetenhause für eine sehr ernste Sache erklärt. Was sagt er nun?

Kleine politische Nachrichten. Ein allgemeiner Schiffertag fand am Mittwoch in Berlin behufs Gründung eines „Deutschen Schifferbundes“, angeblich nach dem Muster des „Bundes der Landwirthe“ statt. Einberufen war Graf Luckner, Eigentümer der Zeitung „Deutsche Dampfschiffahrt“. Der Plan fand bei den Anwesenden nicht allgemein Segen, doch wurde schließlich die Begründung beschlossen. Eine lebhafte Debatte rief die Besprechung der Kanalvorlagen, insbesondere des G. o. s. s. i. f. f. h. r. t. s. w. e. g. e. s. Berlin-Stettin hervor, gegen den sich nach dem Weggange des Grafen Luckner eine Anzahl Kleinschiffer erklärte und gegen welchen eine Resolution angenommen wurde. — Nach der „Presse vom 18.“ haben die Baumartigen „Gatensitzigen“ die amtlichen Kreise beschäftigt, und es wird eine Uebersetzung angefordert. „Bedenke soll der Aufsatz Baumartigen bei der Berathung des Kolonialrats zur Sprache gebracht werden.“ Er wird zur Sprache gebracht werden. — Das Herrenhaus ist gegenwärtig voll zusammengelassen: Erbliche Mitglieder 72, Inhaber von Pro.ämtern 3, Kronprinz 10, aus königlichen Betrieben 35, Domkleriker 3, preussische Grafenverbände 8, Familienverbände 11, adel und besitziger Grundbesitz 87. Landesuniversitäten 7 und Städte 44 Vertreter. In Summa ergibt dies 280 Mitglieder, von denen 176 auf die stehenden Provinzen entfallen. — Ueber den einjährig-früherwilligen Militärdienst der Volksschullehrer hat der Reichstanzler entschieden, daß kein nicht in staatlichen Lehrseminaren vorgebildeten Lehramtskandidaten, welche zur Seminarentlassungsprüfung zugelassen werden und sie bestanden, die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-früherwilligen Militärdienst nicht zuzuerkennen ist. Warum eigentlich nicht? Die Examinirten haben doch den verlangten Wissensbesitz vor dem verordneten Stelle nachgewiesen. — Der große Senat der Universität Gießen hat mit großer Mehrheit die Zulassung von Frauen beschlossen, und zwar sowohl zum Hören einzelner Vorlesungen als zur Immatrikulation, letzteres jedoch nur auf Grund eines Zeugnisses eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung und beides zunächst nur in der philosophischen und juristischen Fakultät. An der Zustimmung der großherzoglichen Regierung wird nicht gezweifelt. — Die amerikanische Kolonie in München hat am Montag einen Protest an den Präsidenten der Vereinigten Staaten und an das Repräsentantenhaus und den Senat in Washington beschlossen gegen eine Verankerung, die der Abgeordnete Berry, ein Kommissar aus Kentucky's hießlichem Bezirke, am 14. Januar im nordamerikanischen Repräsentantenhause gethan. Berry hatte erklärt: Die Vereinigten

Staaten dürften Deutschland wegen seiner angeblichen Einmischung in die Philippinenfrage prägelu, wie sie Spanien prägelu hätten. Vier Tage später renommierte deutsche Abgeordnete, er werde seine Worte nicht zurücknehmen; sollte ihn irgend ein Mitglied des Reichstages fordern wollen, so sei er bereit, Wagnisthau zu geben; seine Adresse sei Rempost, Kentucky. Ein oder Renommiert, über den das richtige ist, zu lachen, erbrüt durch den verurtheilten Protestsummel erst ein unverbildetes Kellier. — Zur Befreiung eines Unschuldigen hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Belgiens beschlossen, daß ein Abgeordneter der Partei sein Mandat niederlege, damit D. o. i. e. a. u., der wegen angeblich anarchoisierender Attentate nach der Auffassung weiter Kreise auszuweisen zu sandidiren. Die Parteigenossenschaft von Charleroi ist dazu außersehen, einen ihrer Abgeordneten dazu zu bestimmen. — Die jetzt in Brüssel verhandelten D. r. e. a. i. s. t. e. u. treten so lächerlich auf, daß ihr Verhalten großes Ansehen hervorruft. Der „Welt-Bien“ verlangt das sofortige Einschreiten der Regierung gegen diese Frankreich bedrohenden Machenschaften. — Die „Wältscheit“ einer in neueren Revolution in Ulyganißan hat die russische Regierung veranlaßt, weitere Truppen zur Befreiung von Herat abzuschicken. „Abstrüfung“! — Wie der „Daily Mail“ aus Schanghai berichtet wird, haben die Aufständischen am 21. d. Mts. die Stadt Nanyang gewonnen und dort die Einrichtung alter Civil- und Militärbeamten angeordnet. Am 22. d. Mts. kam eine andere benachbarte Stadt dadurch in die Hände der Aufständischen, daß ihre dortigen Anhänger ihnen die Thore öffneten. Gegenwärtig befinden sich die Aufständischen auf dem Wege, um Tschu-Tschou und Kan-Tschou zu belagern.

### Belgien.

Zur Krise. Die aus Sozialisten und Progressisten zusammengesetzte Linke der Kammer veröffentlicht einen Aufruf, in welchem es heißt, zwei Minister hätten ihren Posten verlassen müssen, weil sie sich weigerten, der Kammer auf Befehl des Königs einen Gesetzentwurf betreffend das Uninominal-Wahlrecht vorzulegen. Die ohne Befragen des Parlaments eingetretene Krise bedeute eine Verletzung der parlamentarischen Konstitutionen und zwingt die Opposition, einen Appell an das Land zu richten mit dem Rufe: Nieder mit dem Uninominalwahlrecht, hoch das allgemeine Wahlrecht!

### Frankreich.

Zur Dreifus-Affaire liegen wieder eine ganze Anzahl Meldungen vor. Erklücht ist zu registriren, daß Maizieres, ein wüthender Biquart-Hasser, im „Gaulois“ ein Märchen produziert hatte, durch welches er den Exorberst als Fälscher belassen wollte. Er hatte sich dabei auf General Gallifet berufen. Es ist aber nichts mit dieser Berufung, der „Gaulois“ wurde gezwungen, folgende Erklärung Gallifet's zu bringen:

„Ich will den Beweis dafür erbringen, daß die Person, welche Maizieres die in Ihrem Blatte heute mitgetheilten Angaben gemacht hat, ein Lügner ist, er möge seinen Namen nennen.“ Maizieres' hält seine Erklärungen aufrecht, daß Gallifet geküffert habe, eine Madame K. werde erklären, sie habe das petit bleu geschrieben, so daß man Biquart werde vor die Geschworenen bringen müssen. General Gallifet beschloß nun, nach Einholung des Rathes Waldeck-Rousseau's, den „Gaulois“ wegen der Erklärung seines Redakteurs Maizieres gerichtlich zu belangen. Mehreren Blättern zufolge wird Esterhazy, welcher nur in Anwesenheit seines Bertheidigers über das Vorheraus aussagen will, nicht mehr vor der Kriminalkammer erscheinen und wahrscheinlich am Freitag, also heute, abreisen.

Der Justizminister hat die Kriminalkammer ersucht, sich mit der Drucklegung der wichtigsten Zeugenaussagen zu begnügen, damit die Angelegenheit keine weitere Verzögerung erfahre.

Der Senator Rauc erklärt im „Radikal“, die falsche Datirung des Schriftstückes „cette canaille de D.“ rühre von Henry her.

### Philippinen.

Sehr Kleinlaut sind die Amerikaner im Angesichte ihrer philippinischen Kussichten geworden. Dienstag übergab der Sekretär Agoncillo dem Staatsdepartement in Washington eine amtliche Mittheilung. Agoncillo selbst ist der Vertreter Aguinaldo's bei der Union; man verhandelt also faktisch bereits mit den Philippinos als einer selbstständigen Macht. Diese Stimmung wird erklärlich, wenn man einer offiziellen Mittheilung des Staatsdepartements von Washington entnimmt, daß die dem Kriegsdepartement aus Manila zugegangenen Nachrichten „durchaus nicht beruhigend“ lauten. General Otis wetzet, er nehme an, daß die Insurgenten im Begriff seien, eine Entscheidung zu erzwingen. Wenn dies der Fall sei, könne das schließliche Ergebnis nicht vorausgesehen werden. Als der gefährliche Punkt gelte Manila, nicht Sto-No. — „Das Ergebnis könne nicht vorausgesehen werden“ heißt aus dem diplomatisch-militärischen Stil ins Gemeinverständliche übersetzt: Die Amerikaner könnten leicht die schönsten Prügel bekommen.

## Das Jahr 1898 und die Lübecker Handelskammer.

### VII.

A. K. „Trotz des gesteigerten Wettbewerbes der Hamburger und der dänischen Rhedereien war der Betrieb der regelmäßigen Dampfer-touren gewinnbringend“. Das Geschäft hat sich also rentirt, Rheder spielen ist noch immer kein undankbarer Beruf. Wohl sind auf einigen Linien Ausfälle gegen früher zu verzeichnen, das Gesammtergebnis wird dadurch jedoch nicht beeinflusst. Der bedeutende Aufschwung der Industrie in Rußland und Finnland hat viel dazu beigetragen. Ost mußten Extradamper eingesetzt werden. Die Linien



auch der Dummheit, sofern er nur die Zeitgeschichte des letzten Jahrzehnts verfolgt hat, sofort versteht, warum es sich in „Das Erbe“ handelt. Man erwarte von uns keine Inhaltsangabe des Stückes; das bleibe Zeit und Raum verschwendend, die beide sich zu etwas Nützlicherem verwenden lassen, und dem Stück zu viel Ehre an thun. Uns ist es unbegreiflich, wie dieses Nachwerk zu einem Mitglied der Theater werden konnte. Dem guten Geschmack des Jugend-Theaterpublikums Reize diese allerdings nicht ungewöhnliche Erscheinung kein gutes Zeugnis aus. Wir haben uns — offen gesagt! — gräßlich bei der Aufführung gelangweilt und stehen eines der besseren Werke selbst des vielgeschmähten Herrn v. Moser vor. Die „Geschwader“ sind eben halt veraltet. Der eine wendet sich Schauernd weg, wenn er einer Aufführung des „Bartel Kutaler“ oder „Fuhrmann Henschel“ beiwohnen soll, rümpft wohl gar die Nase; klatscht aber lebhaft Bravo, wenn er Herrn Philipp's „Erbe“ mit ansieht. Man, das ist haben auch Langmann und Hauptmann Kunstwerke von bleibendem Werthe geschaffen und Herr Philipp nur ein Nachwerk, das die Woge der Zeit bald wegschwemmen wird. Wenn „Das Erbe“ uns nicht gefallen hat, so lag das nicht etwa an der Darstellung, welche das Werk des Herrn Philipp auf unserer Bühne gefunden hat; denn diese konnte im Allgemeinen befriedigen. Herr Fante, dem die

werthe Rolle zugefallen war, den jungen Baron von Larin zu spielen, suchte soviel als möglich herauszuschlagen. Und es gelang ihm auch, den als energielos und nachlässig vornehm gezeichneten „jungen Herrn“ einigermaßen erträglich zu machen, soviel das bei dieser mehr passiven Rolle möglich war. Herr Kub, der den alten Sartorius in der gut kochten Maske eines bekannten Lübecker Journalisten (oder war es unabsichtlich?) gab, hatte schlecht memoriert, denn er machte mehrfach erhebliche Kaufpausen. In Bezug auf die Darstellung verstand er es, den „Handlanger“ des alten Herrn gut zu treffen. Besonders im letzten Akte fand der Künstler auf der Höhe seiner Aufgabe. Die einzige Gestalt, in der sich Spuren von wirklichem Leben finden, demerte, des alten Sartorius Frau, gab Frau Roth. Mea n i e r mit bestem Gelingen. Herr Pflüger mußte sich mit dem von der Matthesen abquälen; mir sagen ausdrücklich „abquälen“, denn so viel Unnatur, wie Philipp an dieser Rolle verschwendet hat, dürfte man selten finden. Eine schwere Aufgabe, um so besser für Herrn Pflüger, daß er sie bewältigen konnte! Den verkommenen Pamphletschreiber Loriker wachte Herr Büsson so gut darzustellen, daß er bei offener Szene lebhaften Beifall erzielte. Die Damen Berna (Bertha) und Braungardt (Clarisse), sowie Herr Bretschneider (von Rittner) suchten sich mit ihren farblosen Rollen so gut als

möglich abzufinden; Rollen zum Glänzen sind es gerade nicht. Die scenische Ausstattung befriedigte. Wenig am Blage war allerdings das offene Arbeitszimmer des alten Sartorius und die Verwendung desselben Kronleuchters im Archiv; bei dem reichen Fundus des Theaters sollten sich solche Schnitzer leicht vermeiden lassen. Die Aufführung fand bei dem insolge eines gleichzeitig stattfindenden Musikvereins-Konzerts recht mäßig besetzten Hause ziemlich lebhaften Beifall; doch lassen wir es dahin gestellt, ob dem Werk ein längeres Bühnenleben bei uns beschieden sein wird.

Stereschau, Viehmarkt.  
Hamburg, 26. Januar.

Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter wie gestern. Zugesührt wurden 470 Stück. Preise: Verkaufsschweine, schwere 50—52 Mk., leichte 51—53 Mk., Sauen 45—49 Mk. und Ferkel 50—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu beauftragen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Am 26. Januar entschlief nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann und meiner Kinder treuherrlicher Vater, der Rittsicher **August Fick** im 65. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seiner Frau, Kindern, Verwandten und Allen, die ihm nahe standen.  
**Anna Fick**, geb. Bernimb.  
Die Beerdigung findet am Montag Morgen 10 Uhr vom Trauerhause, Fleischhauerstraße 91, aus statt.

**Mehrere Arbeiterinnen** gesucht von **Wilh. Sparkuhl & Co.**  
**Ein tüchtiger Dreher** gesucht von **Wilh. Sparkuhl & Co.**  
Zu verkaufen ein schwarzer Ziehhund bei **Joh. Grabe**, Nieber-Bülow.  
Ein Kinderwagen billig zu verkaufen Näheres Straßenstraße 1, 1. Et.

Mache hierdurch bekannt, daß sich mein Barbier- und Friseur-Geschäft jetzt auf die erste Thür rechts befindet.  
**F. Wilh. Lichtenstein**, Burgstraße 11.

**Bitte zu beachten!**  
Empfehle mein Lager von **Salzgurken**, Seringen, Anchovis etc.  
**H. L. Wiegels**, vorm. J. C. Bunge, Fischergarbe 61.

Feinste Meiereibutter 1.15 Mk.  
Feinste Bauernbutter 1 Mk.  
Große Eier Stück 6 Pfg.  
Ger. Landmettwurst 1 und 1.20 Mk.  
Dieselben u. durchw. Speck Pfd. 80 Pfg.  
Feinste Margarine m. Gratisbeigaben  
sämmtliche Colonialwaaren zu den billigsten Preisen empfiehlt  
**J. C. W. Blöss**  
Kupferhammerstraße 7.

Diejenigen Gewerkschaften, welche in der am 24. Januar stattgefundenen Kartell-Versammlung nicht vertreten waren und die Statistik-Formulare noch nicht in Empfang genommen haben, werden ersucht, am Freitag den 27. Januar, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus die betreffenden Formulare in Empfang zu nehmen.  
Sollten Gewerkschaften zu wenig Formulare erhalten haben, können dieselben ebenfalls am 27. Januar die fehlenden Exemplare in Empfang nehmen, später eventuell Arnimstraße 3a, 1. Et.  
**Die Kartell-Kommission.**

**Sarg-Magazin** Größtes Lager am hiesigen Platze.  
Billige Preise.  
Stets Neuheiten in Perl- u. Metallkranzen.  
Ueberführung von u. nach Auswärts.  
ob. Mühlenstr. 13. **Gebr. Mütter**  
Fernspr. 427.

Wir empfehlen allen Genossen das Abonnement auf die ausgezeichnete illustrierte Wochenschrift  
**„In freien Stunden“**  
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk  
wovon soeben der 3. Jahrgang begonnen hat.  
Jede Woche erscheint ein Heft à 10 Pfg.  
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.  
Bestellungen nehmen unsere Colporteurs sowie Zeitungsausträgerinnen entgegen.

**Fettwaaren-Special-Geschäft**  
Breitestr. 60a **C. Harz** Sandstraße 27  
Ger. Schweinsköpfe Pfd. 40 Pfg.  
Ger. Schweinsbacken Pfd. 50 Pfg.  
Frische Eier Stück 6, 7, 8 Pfg.  
Bitello-Margarine Pfd. 70 Pfg.  
Beste Ersatz für Meiereibutter.  
Nach wie vor kostet die feinste  
Süßrahm-Margarine, Marke Creme, 58 Pf.

**Gut-Templer-Orden.**  
Loge „Zukunft Nr. 82“ Lübeck.  
**Oeffentlicher Vortrag**  
des Herrn Dr. med. Liese, Lübeck  
über: „Der Gut-Templer-Orden und seine Bedeutung“  
am Sonntag, den 29. Januar 1899, Nachm. 5 Uhr, im Bürgerverein.  
Eintritt frei. Der Vorstand.

**COLOSSEUM**  
Sonntag den 29. Januar:  
Grosse **Volks-Masquerade**  
verbunden mit  
**Kappentest für Zuschauer.**  
Um 8 Uhr: Maskenanzug.  
Im vollständigen Maskencostüm à Person 10 Pfg.  
Den Zuschauern ist die Theilnahme gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet.  
Kappen sind am Eingang zu haben.  
Masken-Garderoben am Ballabend im Ganje.  
Demaskirung nach Belieben.  
Speisesaal in der Etage.  
Eintrittskarten im Voraus: Herren 75 Pfg., Damen 40 Pfg., in den Cigarren-Handlungen der Herren **Friedr. Nagel**, am Markt, **Cowalsky**, Klingberg, **Carl Schrader**, Hüßstraße, Kaufmann **J. C. Müller**, Cronsforder Allee, **Ernst Lühr**, Friseur, Cronsforder Allee 29.  
Caffenpreis für Herren 90 Pfg., für Damen 60 Pfg.  
Lokalöffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

**Br. Flohmen-Schmalz**  
Pfund 60 Pfg.  
**W. C. Koeppecke**  
Schlachtereie und Wurstfabrik  
Klingenberg 4.

Empfehle:  
Jünges fettes Fleisch, ge-  
töchte Jungen u. Kollfleisch  
**H. Rieck**, Hüßstraße 42.  
**Br. frisches dan. Rindfleisch**  
in der Markthalle Sonntags  
Morgen und Abend, Stand 34.  
**F. Block.**

Regulatore, Stand-  
und Wecker-Uhren,  
pass. als Hochzeitsgeschenke,  
in größter Auswahl,  
prima Werke  
und den bekannt billigen Preisen.  
**Aug. Büttner**  
Uhrmacher  
32 Hüßstraße 32.

Zwiebellebertwurst, per Pfd. 80 Pfg.  
Lebertwurst, per Pfd. 60 Pfg.  
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.  
Flohenschmalz, per Pfd. 60 Pfg.  
Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.  
dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1, 10 Mk.  
empfehlen in reicher Waare

**E. Möhl**, Megidienstraße 8.

**General-Versammlung**  
der  
Kranken- u. Sterbefälle Amicitia  
C. S. Nr. 18  
am Sonnabend den 28. Januar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom verflorenen Halbjahr und Jahresbericht.  
2. Wahlen. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Turn-Verein.**

Ausmarsch nach  
**Schwartau - Rensefeld**  
am Sonntag den 29. Januar  
Abends 2 Uhr vom Lindenplatz.  
Für Nachzügler Bahn 2,45 Uhr.  
Um zahlreiche Theilnahme bittet  
Der Vorstand.

**Wilhelm-Theater.**  
Sonntag den 29. Januar.  
8. Gastspiel des Stadttheater-Ensembles.  
Große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.  
**Sie weiß etwas.**  
Schwank in 4 Akten von Rud. Kneifel.  
Hierauf:  
**Die Tochter der Hölle.**  
Lustspiel in 5 Akten von Rud. Kneifel.  
Billetverkauf bei Herrn **Cowalsky**, Sandstr.

**Stadttheater in Lübeck.**  
Sonntags den 28. Januar.  
**Fuhrmann Henschel.**  
Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann.  
Sonntag den 29. Januar, Nachm. 3 1/2 Uhr.  
Vorstellung zu halben Preisen.  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Schwank in 4 Akten von F. u. B. v. Schönthan.  
Abends 7 Uhr.  
**CARMEN.**  
Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.

## Soziales und Partei-Leben.

**Freisprechung eines Sozialdemokraten in Magdeburg!** Vor der 2. Strafkammer des Magdeburger Landgerichts wurde am Montag Genosse Bistorius von der Anklage der Religionserschmähung freigesprochen. Verurteilt waren sechs Wochen.

**Sämmtliche 46 Farmer** in der Ziegenzucht der Firma Thiele u. Lindner in Alt- und Neugersdorf haben wegen Vorenthaltung des Lohnes und sonstiger Mißstände die Arbeit niedergelegt. Die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen lassen noch nicht erkennen, ob es zu einer Einigung kommen wird.

**Die Mannheimer Bäcker** stehen in einer Lohnbewegung.

In München unternahm die Schneider eine größere Aktion zur Einführung der Betriebswerkstätten. Am 1. Januar wurde ein Flugblatt in 30 000 Exemplaren verbreitet, in welchem die Verhältnisse der Hausindustrie treffend geschildert werden. Einige Meister haben bereits Werkstätten eingerichtet und wird von den Arbeitern bis zum 1. März an die übrigen Arbeitgeber die Erfüllung des gleichen Verlangens gestellt.

In Kopenhagen ist der Lohnkonflikt in der Eisen- und Maschinenbranche, der zu einem Streik von 30 000 Arbeitern zu führen drohte, Dienstag vorläufig beigelegt worden. Dagegen streiken beinahe 1000 Arbeiterinnen der Herrensektion, welche eine Erhöhung ihrer höchst niedrigen Lohnsätze verlangen.

Der Leiter englischen Stesselschmiede-Union, Robert Knight, ist von seinem Posten, den er 28 Jahre lang inne hatte, zurückgetreten. Als er die Leitung des Verbandes übernahm, zählte derselbe 94 Zweigvereine mit 7000 Mitgliedern und sein Vermögen betrug 180 000 Mark; heute gehören dem Verband 40 776 Mitglieder in 258 Zweigvereinen an; die Fonds belaufen sich auf über 35 Mill. Mark. Diese Entwicklung ist zum Theil dem umsichtigen Führer zu danken.

Der Kongress der Trade-Unionisten wurde Mittwoch in Manchester eröffnet. Anwesend waren etwa 280 Delegirte. Die Verhandlungen nahmen einen unerwartet glatten Verlauf. Man beschränkte sich auf die Beratung des offiziellen Föderations-Planes, nachdem ein Antrag, die sämtlichen sieben existirenden Pläne zu diskutieren, mit großer Majorität abgelehnt worden war. Die Verhandlungen drehten sich dann um die Frage, ob einzelne Verbände verwandter Gewerbe zu gründen seien, die im Bedarfsfälle einander unterstützen, oder ob man unmittelbar alle Trade-Unions mit einander fördern solle. Nach einer interessanten Diskussion, die wiederum zeigte, daß gerade unter verwandten Gewerben gefährliche Differenzen herrschen, wodurch die Einigkeit derselben in kritischen Zeiten aufgehoben wird, beschloß der Kongress mit 736 000 gegen 204 000 der vertretenen Stimmen, einen allgemeinen Verband der Trade-Unions zu gründen. Die Verkündung dieses Resultates wurde mit lautestem Beifall aufgenommen.

**Englische Streikstatistik für das Jahr 1898.** Die offizielle „Labour Gazette“ für Januar 1899 bringt eine Statistik der Streikbewegung in Großbritannien für das Jahr 1898. Abgesehen von dem großen Maschinenbauverband, der am 28. Januar 1898

beendet wurde, ward die britische Industrie von 674 Ausständen heimgeführt. 246 540 Personen feierten zusammen 14 564 000 Tage. Fast genau 10 pCt. der arbeitslosen Tage: fall in dem letzten Monat des Jahres, baueranstandes zur Last. Im Bergbau fanden 129, in den Metallgewerben, einschließlich dem Schiffbau 146, im Holzgewerbe 179, in den Textilgewerben 96, in den Bekleidungs-gewerben 43, im Verkehrswesen 20 und in verschiedenen anderen Industriezweigen 61 Ausstände statt. Den Ausschlag in der ganzen Bewegung giebt der Kohlenbergbau, in der Westschottland- und Südwales, der allein 100 000 Leute umfaßt und 10 900 000 Tage-lohne verbringt. Die nächstbedeutendsten Ausstände waren die von 24 000 schottischen Bergleuten und von 6100 Leuten der Baumwollindustrie in Yorkshire. Beide Ausstände fanden aber schon nach 3 Tagen ihr Ende. Von den Arbeiterschaften im Bergbau waren 21 pCt., in den Bau-, Textil- und Metallgewerben nur je 2 pCt., in den keramischen Industrien nur 1/2 pCt. betroffen. Bei 61 pCt. der Ausstände und 87 pCt. der Feiern handelte es sich um Lohnstreiks, bei Knapp 3 pCt. um die Arbeitszeit und nur 1 pCt. der Arbeiter kämpften um diese. Bei 33 pCt. der Ausstände handelte es sich hauptsächlich um Arbeitsbedingungen und um Gewerkschaftsfragen; 12 pCt. der Ausständigen waren in diese verwickelt. Von den Ausständen ging ein Drittel zu Gunsten der Arbeiter, ein Drittel zu Gunsten der Arbeitgeber aus und ein Drittel wurde durch ein beiderseitiges Nachgeben geschlichtet. Der Zahl der Feiern nach verließen die Ausstände ungünstig für 56,5 pCt., siegreich nur für 24,1 pCt., und bei 19,1 pCt. ward der Streik durch Verständigung beigelegt. Etwa 20 pCt. der Feiern hatten nicht aus eigenem Antrieb die Arbeit niedergelegt, sondern waren zum Feiern durch den Ausstand gewisser Kategorien von Arbeitern gezwungen worden, so z. B. die Häuer in Yorkshire durch die Schiffer, die die Arbeit niederklegten.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Eine Strafanzeige wegen Diebstahls ist gegen eine junge Dame aus der „besseren Gesellschaft“, ein Fräulein Elisabeth P. in Berlin erstattet worden. Das Fräulein betriebe das Verandloren postlagernder Briefe unter Angabe der betreffenden Chiffre als Spezialität und ging in ihrer absonderlichen Leidenschaft soweit, daß sie die Postämter der verschiedenen Stadtgegenden heimsuchte. Sie beschränkte sich nicht darauf, Briefe über Liebesdinge und sonstige Angelegenheiten in ihrem Besitz zu bringen, sondern brachte auch Geschäftsbriefe, Stel-lenangebote u. s. w., die postlagernd eingeliefert worden, an sich. Schließlich wurde sie abgeführt und gestand, nachdem man sie schon ins Gebet genommen hatte, ihr Treiben ein. Die Angehörigen der D. erklärten, sie sei nicht im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte. Das wird in solchen Fällen immer erklärt. — Eisenbahnunfall. Auf Bahnhof Weestow sah der Dienstag früh ein von Oranow kommender Arbeiterzug in Folge falscher Weichenstellung in das zum Lokomotivschuppen führende Geleise ein, fuhr jedoch, ohne zum Halten zu kommen, auf zwei in dem Lokomotivschuppen stehende Lokomotiven auf und durchbrach die Weichenwand des Schuppens. Alle drei Lokomotiven einschließlich der Zuglokomotive entgleisten und wurden beschädigt; ebenso wurden drei Waggons zertrümmert. Der Hilfsheizer Reibner aus Weestow wurde getödtet. — Ein Brandstifter der Liebhaber wurde vom Schwurgericht am Berliner Landgericht II für längere Zeit unschuldig gemacht. Der polnische Dienstknecht Jakob Morozint war in eine Dienstmagd verliebt, die auf dem einsam gelegenen Gut Höten bei Liebenwalde im Kreise Nieder-Barnim diente. Das Mädchen wollte von ihm nichts wissen und rief gegenüber den Jagrungsknechten des verarmten

Liebhabers dem Schatz ihres Heren an, der Morozint wiederholt vom Hofe wies und einmal sogar mit seinen Händen herankriegte. Aus Rache schenkte ihm Morozint am Abend des 6. November v. J. zwei Getreidemieten an, die dicht am Hofe standen. Das Gut selbst wurde durch das Feuer nicht in Mitleidenschaft gezogen, so daß der Schaden nicht allzu erheblich wurde. Die Geschworenen votirten auf Schuldig, worauf der Brandstifter zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Exil verurtheilt wurde. — Vor Schred die Sprache verloren. Zwischen Berlin und Wilmersdorf wurde die Tochter eines Doktors aus Reserly von drei Straländern überfallen. Dieselben banden ihr die Hände an den Rücken und durchsuchten die Kleidung, aber vergeblich. Aus Wuth über den ergebnislosen Überfall wurde Fräulein Reserly von den Straländern mißhandelt. Das Fräulein hat darüber die Sprache völlig verloren. Wie die „Post“ meldet, ist sie in ihre Heimath zurückgekehrt, ihre Sprache ist jedoch noch immer nicht gelöst. Die auf die Angelegenheit des Doktors hin alsbald eingeleiteten polizeilichen Recherchen haben jedoch bisher keinerlei Resultat ergeben. Es ist danach wohl zu wünschen, daß das Fräulein aus Reserly seine Sprache bald wieder gewinnt, um genaue Auskunft über ihr Abenteuer zu geben. — Ein Eisenbrecher in Nürnberg lauerte auf der Straße seiner früheren Geliebten auf, erschlug dieselbe und dann sich selbst. — Großes Aufsehen erregt in Moskau die Verhaftung sechs angesehener Bürger wegen Mißdienlichkeit. — Zu den auf ebener Erde gelegenen Probirräumen der Gasfabrik von Böhm und Gerion Kofenthal in Wien fand eine Benzol-Explosion statt. Drei Personen wurden getödtet; die Probirräume sind gänzlich demolirt und die Aender des ganzen Baues zertrümmert. Es entstand auch ein Brand, der bald gelöscht wurde. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. — Erschossen hat sich in Lohatyn (Galizien) der bekannte Warrer Markowsky, welcher sich um dem polnischen Ausstand von 1863 betheiligte hatte. Die Erbfolge in Griechenland kauerte fort, sind jedoch schwächer geworden. In den Städten Niki und Zug auf dem Peloponnes vernichtete ein Erdbeben in zahlreichen Häusern Misset. Erheblicher Schaden ist im Departement Rhodaria angerichtet worden; fünf Ortschaften wurden gänzlich völlig zerstört. — Die Ingenieure Odenhoff und Tschavow, welche abgelehnt waren, um die Rüste des Eiseneres die Orte ausfindig zu machen, wo die Schiffsahrt am längsten dauern kann, und welche seither vermißt wurden, sind nach Moskau zurückgekehrt. Dieselben haben an der Mündung des Katalank in der Meeres-Bai einen Hafenplatz entdeckt, welcher das ganze Jahr über eisfrei ist. — Die Amerikaner sind nicht wenig darauf stolz, daß eine Tochter ihres Landes Gemahlin des Vicelkönigs von Indien, Lord Curzon's, ist. Die Zeitungen bringen Skizzen über ihren Trausitz, welcher 30 000 Dollars gekostet haben soll. Die „New-York World“ überschreibt die mit Abbildungen versehene Seite, die sie Lady Curzon's Ausstattung widmet: „Die Garderobe einer Königin für die neue amerikanische Königin von Indien. Erste Abbildung und authentische Beschreibung der Gewänder, die die schöne Lady Curzon tragen wird.“ Die „World“ nennt die Juwelen und Spitzen der Lady Curzon „fabelhaft schön.“ Die Sache ist amerikanisch, aber gewiß nicht republikanisch; sie ist sprechgerlich, wenn nicht kindlich.

Von einem Polizeibeamten erschossen! Aufsehen erregt, wie der „Frankf. Bg.“ aus Gelsenkirchen geschrieben wird, dort ein Vorfall, der erst jetzt in seinen Einzelheiten bekannt wird. In der benachbarten Gemeinde Hefler wurde vor einigen Tagen Nachts der Bergmann Holzhauser schwer verletzt aufgefunden und in die Wirthschaft Holte gebracht, woselbst ein herbeigerufener Arzt die Ueberführung des Todtwarden in das Gelsenkirchener evangelische Krankenhaus veranlaßte. Hier ist der Mann, der einen Schuß durch die Lunge erhalten hatte, Tags nachdem gestorben. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist Holzhauser von einem Polizeibeamten erschossen worden. Die Polizeibehörde, die erst strenges Stillschweigen beobachtete, stellt die Sache so dar, als habe der Beamte in Nothwehr gehandelt, als er vom Holzhauser und dessen Freunden bedroht worden sei. Selbstam bleibt es aber, daß

## Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Und darauf hin hast du den Prinzen bereits erfolgreich angepöppelt?“

„Dahnungsvoller Engel, du! Wovaus schließt du das?“

„Woher sonst, nach dem Moralschen von neulich, heute diese sonnenhelle Miene?“

„Schwesterchen, ich habe von jeher deinen Scharfblick bewundert, aber so etwas...“

„Bitte, bemühe dich das A schärfer zu sprechen!“

„Danke; will's mir notiren, Frau Professorin.“

In dieser munteren Weise hüppte das Gespräch zwischen den beiden Verwen hin und her, bis man in der Stromstraße angelangt war. Die Exzellenz hatte ihren Kindern stumm gegenübergelesen und sich ihren eignen Gedanken überlassen, so daß ihr auch von Bobos neuer Anleihe bei seinem durchlauchtigen Leidengefährten nichts zu Ohren gedrungen war. Ein Glück für sie, denn es hätte ihr kummervolles Mißtrauen in Bobos gute Vorsätze nur verstärken können. Ihres Sohnes Anschauung von der Handlungsweise des Majors war ihr zunächst freilich auch als die richtige erschienen, eben weil diese Richtigkeit so wünschenswerth war in ihrer gegenwärtigen, sorgenvollen Stimmung. Aber je mehr sie darüber nachsann, desto weniger schien ihr des alten Freundes ernste Mahnung, mit unerbittlicher Strenge gegen den Leichtsinn Bobos einzuschreiten, mit dieser so überschwinglichen Freundschaftsthat vereinbar. Sie wußte ja auch, daß seine Mittel nicht so reich waren, als daß er ohne Weiteres eine so große Summe hätte entbehren können. Eine Stimme in ihrem Innern sagte ihr, daß Bobo sich arg verrechnet haben könnte in den Absichten des Majors. Aber sie bemühte sich, diese Stimme zum Schweigen zu

bringen, um sich die Freude über Trudis Verlobung nicht zerstören zu lassen.

Es war unterwegs verabredet worden, daß sie Aita abholen und dann gemeinsam den geplanten Höflichkeitsbesuch bei der Fürstin Verleburg machen wollten.

Aud so saßen sie nach Verlauf eines kleinen Stündchens bereits wieder in der Droschke und fuhren nach der stillen Corneliussstraße im Thiergarten, wo die Fürstin eine reizende geräumige Villa besaß, in welcher ihr Kesse, der Prinz Föhlingen, ihr Gast zu sein pflegte, wenn er auf Wochen oder Monate von seine Gütern in Hessen nach der Reichshauptstadt kam.

Verwen fanden die Fürstin nicht allein. Der prinzipliche Kesse war bei ihr und eine junge Dame von auffallend schöner Gestalt, mittelgroß, voll, und doch von zierlichem Ebenmaß.

Die reiche Perlenstickerei ihres schwarzseidenen Kleides glitzerte so hell im Sonnenlicht, das auf ihren Rücken fiel, daß sie wie in einem blinkenden Stahlkettenpanzer geschmückt erschien. Auf dem matt glänzenden schwarzen Haar saß ein leichtes Kapottehütchen aus schwarzen Spitzen, gegen welche sich vorn ein kleiner Strauß bescheidener Maiglöckchen hübsch abhob und dessen Bänder seitlich zu einer großen Schleife gebunden waren, welche die rechte Wange zum Theil verdeckte. In den fein beschuhten Händen hielt sie, quer über ihre Kniee gelegt, einen rothseidenen Sonnenschirm mit langer japanischer Kriade.

Es hätte der Vorstellung seitens der alten Fürstin gar nicht bedurft, denn sobald die Besucherin ihr Gesicht den Eintretenden zuwandte, erkannte Aita ihre alte Bufenfreundin Adriane in ihr, und auch die Exzellenz und Trudi, welche die Grigori nur aus der Photographie kannten, schlossen aus dem unwillkürlichen, betroffenen Zusammenfahren der beiden, daß sie es sein müßte.

Auch der alten Dame war die Bewegung Adrianes nicht entgangen und sie fragte: „Die Herrschaften kennen sich bereits?“

„Ich habe nicht das Vergnügen, Durchlaucht“, sagte die Grigori mit einer verneinenden Kopfbewegung.

Und dann machte sie, als die Fürstin sie vorstellte, eine tadellose, respektvolle Verbeugung vor der Frau von Verwen, eine leichtere gegen die Baronessen und neigte gegen den Dragoner grazios den Kopf. Aita aber hatte einen raschen, leuchtenden Blick aus diesen süßlich warmen Augen aufgefangan, welcher ihr zu sagen schien: Ich freue mich ungemein, Dich hier zu sehen, Liebste; aber verrathe nicht, daß Du die Grigori von früher kennst!

Bobo war ganz glücklich über den günstigen Zufall, der ihm endlich die persönliche Bekanntschaft der grausamen Schönen verschaffte, welche ihm schon so viele theure Bouquets gekostet und — nicht einmal dafür gedankt hatte. Als die Fürstin zum Gigen einlad, trug er sich eiligst ein zierliches, vergoldetes Stühchen mit ängstlich zarten Weichen und hochrothem Seidenpolster herbei und nahm dicht neben der Untergeordneten Platz. Er eröffnete das Gespräch nach bewährter Lieutenantstaktik mit einem Traillieurfeuer von kleinen Schmeicheleien und dann, als das Gespräch der andern lauter und lebhafter wurde, dämpfte er seine Stimme und sagte:

„Ich dürfte eigentlich voraussetzen, daß ich Ihnen nicht ganz fremd bin, gnädiges Fräulein.“

„Allerdings. Es sind mir häufig sehr schöne Blumen zugeschickt worden, aus denen mir regelmäßig eine gewisse Visitenkarte entgegenfiel, die wie ein unartiger kleiner Käfer unter den Blüthen versteckt war.“

„Der unartige, kleine Käfer bin ich, mein gnädiges Fräulein! Aber ich habe nie gewagt die Blüthen zu benagen, ich habe mich immer nur von dem Thau der Hoffnung genährt.“

Bobo war sehr stolz auf diese sinnige poetische Wendung. Fräulein Grigori lächelte, neigte den Kopf mit liebenswürdigem Augenaufschlag gegen den galanten, kleinen Dragoner und sagte: „Dieses Nahrungsmittel scheint Ihnen

Der Beamte nicht für die sofortige Fortschaffung des Niedergeschossenen Sorge trug, sondern die Auffindung des Verletzten anderen überließ. Die Staatsanwaltschaft hat bereits die Untersuchung eingeleitet.

Ein großer Scandalprozess, an dem viele Elberfelder theilhaftig sein sollen, dürfte, so wird aus Elberfeld geschrieben, demnächst die Gerichte beschäftigen. Ein Köhler Arzt — Spezialarzt für Sicht und rheumatische Weiden — sitzt mit einem Wirth von Remscheid bereits im Elberfelder Gefängnis in Untersuchungshaft. Es besteht gegen sie der dringende Verdacht, junge Leute vom Militärdienst durch unerlaubte Manipulationen befreit zu haben. Als dritte Person wurde ein Köhler Kaufmann verhaftet und ebenfalls in Elberfeld internirt. Die Sache erinnert an einen großen Militärbeleidigungsprozess aus den fünfziger Jahren, an dem viele Söhne der sogenannten „besseren Familien“ theilhaftig waren, die zwar furchtbar für's Militär schwärmten, wenn eine neue Militärvorlage am Horizont steht, sich aber gern drücken, wenn es auf persönliche Leistungen ankommt.

Eine bemerkenswerthe Freisprechung fällt das Landgericht Hannover. Der Wübbelpacker Strincke war wegen Beleidigung des Amtsgerichtsraths von Thering mit 3 Monaten und 14 Tagen Gefängnis bestraft worden, weil er in einem Schreiben an den Landgerichtspräsidenten und den Justizminister in Bezug auf v. Thering eine Reihe von Aeußerungen gemacht hat, von denen nach Ansicht des Gerichts zwei Aeußerungen über die Wahrung berechtigter Interessen hinausgingen, da sie grüßlich beleidigender Art waren. Das Reichsgericht hat auf die Revision des Angeklagten die Sache zurückverwiesen. In der jetzigen Verhandlung wurde der Angeklagte kostenlos freigesprochen, indem ihm im vollen Umfange der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesprochen ward. Der Amtsgerichtsrath v. Thering scheint bei der Angelegenheit eine feinschwärzige schmeichelehafte Rolle gespielt zu haben.

Der abgewiesene Denunziant. Ein junger Schriftsteller, Herr Borriss Freiherr v. Münchhausen, hatte vor etwa zwei Jahren eine Gedichtsammlung des bekannten Dichters Richard Dehmel bei der Staatsanwaltschaft als „unzüchtig“ denunzirt, und auf Grund dieses seltsamen Vorgangs veranstalteten die Herren Bierbaum und Meyer-Gräfe bei den deutschen Autoren eine Umfrage dahingehend, ob die Denunziation ein berechtigtes literarisches Kampfmittel sei. Die Ergebnisse dieser Enquete, die begrifflichweise für den Herrn in Göttingen nicht sehr schmeichelhaft waren, wurden in der „Frankf. Zeitung“ veröffentlicht. Herr v. Münchhausen strengte gegen D. J. Bierbaum und Meyer-Gräfe die Beleidigungsklage an, aber die Sache zog sich hin, bis endlich jetzt vom Berliner Amtsgericht die nachstehende Entscheidung gefällt wurde, mit der das Denunziantentum in der Literatur gerichtet erscheint: „In der Privatklagesache von Münchhausen gegen Bierbaum u. Gen., 187 B. 191/98, wird unter Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens der Privatkläger mit seiner Klage kostenpflichtig zurückgewiesen. Dadurch, daß die Beschuldigten aus Anlaß der vom Privatkläger gegen den Schriftsteller Dehmel erdichteten Denunziation eine Umfrage unter den Stenographen über eine derartige Handlungsweise hielten und diese Umfrage demnächst veröffentlichten, haben sie lediglich im Standesinteresse gehandelt und gegenüber dem Vorgehen eines Einzelnen ein generelles Urtheil darüber herbeiführen und bekanntgeben wollen. Aus dem inkriminirten Artikel geht in keiner Weise hervor, daß sie etwa aus Wuth über die einem Freunde widerfahrte Denunziation, wie Privatkläger es darstellt, die Person des Letzteren nun ihrerseits beleidigen und verunglimpfen wollten. Sie wollten vielmehr lediglich in sachlicher

Weise gegen die Ansicht, daß im Schriftstellerstande ein verächtliches Kampfmittel als erlaubt angesehen würde, Verwahrung einlegen. Jedenfalls steht den Angeklagten der Schutz des § 193 St.-G.-B. durchaus zur Seite.

Dresden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet von einer neuen That der Sittenpolizei, die, wie unser Parteiblatt sagt, selbst den Fall Riefer in Rblu tief in Schatten stellen dürfte. Ein Kaufmann, der mit seiner Frau die Ehebrechungs-Klage ausrichtete, knüpfte mit einem ausländischen Mädchen einen Verkehr an, der jedoch nie über die „durchaus anständigen“ Grenzen hinausging. Eines schönen Tages wurde das Mädchen nach der Sittenpolizei zitiert und da in Gegenwart von Dirnen einem langen Verhör unterzogen. Trotzdem sie und der mitanwesende Vater ihre Unschuld bezeugten, wurde das Mädchen 3 1/2 Stunden lang eingesperrt und dann nochmals einem Verhör unterzogen. Während des Verhörs sollen sich so eigenartige Dinge abgespielt haben, daß der Vater des Mannes, das infolge des Voralles erkrankt ist, gegen den Kriminalschuttmann Görner die disziplinarische Verfolgung beantragt hat. Diese Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen. Wenige Tage nach dem Verhör erhielt der Kaufmann und das Mädchen folgende gleichlautende Verfügungen:

„Nach den Ergebnissen hier angefertigter Erörterungen haben Sie in letzter Zeit mit ... wiederholt hier gemeinschaftlich genüßigt und dadurch Vergerniß gegeben. Es wird Ihnen daher hierdurch aus sittenpolizeilichen Gründen das fernere gemeinschaftliche Nüßigen mit der Genannten und das gegenseitige Besuchen sowie jeglicher Verkehr in dem beiderseitigen Wohnungen bei Vermeidung einer Haftstrafe von sieben Tagen für den Zuwiderhandlungsfall untersagt.“

Diese Verfügung ist ergangen, ohne daß der Kaufmann vorher vernommen worden wäre. Gegen den Kriminalschuttmann Görner ist nun die Privatbeleidigungsklage anhängig gemacht worden.

Der philosophische Briefträger. Ein Postbestellungsvermerk origineller Art findet sich auf der Rückseite eines Briefes, der dieser Tage als unbestellbar an die Administration des „Neuen Wiener Tageblatt“ zurückkam. Der Vermerk lautete:

„Abgereift durch den Tod  
wohin unbekannt.“

Unterschrift des Briefträgers.

Der zweite allgemeine preussische Städtetag wurde Montag Vormittag im Berliner Rathhaus eröffnet. Es waren 79 Städte geladen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Becker aus Köln, gedachte vor dem Eintritt in die Tagesordnung des Todes des Fürsten Biswart und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. Einmüthig und ohne Debatte stimmte der Städtetag dem vom hannoverschen Provinzial-Landtag gestellten Antrag zu, der die Regierung ersucht, die Wasserbau Verwaltung nicht dem Landwirtschaftsministerium zu überweisen. Ueber den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der Kommunalbeamten referirte Stadtrath Mangel-Breslau. Er empfahl die Annahme einer Reihe von Theesen, die die gesetzliche Regelung der Rekrutenversorgung mit Freuden begrüßen und die Zulassung einer über das Maß der gesetzlichen Fürsorge hinausgehenden Rekrutenversorgung sowohl durch ortstatutarische Regelungen, als durch Vereinbarung im Einzelfall befürworten. Die Theesen wurden mit dem Antrage Zweigert angenommen, der für die Anstellung bis 35 Lebensjahr und eine fünfjährige Dienstzeit voraussetzt. — In der Fleischtheuerungsfraße nahm der Städtetag folgenden international-liberalen Antrag an:

Die Vertreter der preussischen Städte sind von der Nothwendigkeit wirksamer veterinärpolizeilicher Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehschäden überzeugt, erachten aber eine ansgiebige Fleischversorgung der Städte für wirtschaftlich gleich be-

deutungsvoll, da in einer Anzahl Städte die Fleischpreise, namentlich die des Schweinefleisches, seit geraumer Zeit auf einer Höhe stehen, welche die Fleischversorgung der Minderbegüterten in Frage stellt. Es erscheint daher geboten, daß bei der Ausübung der durch das Viehschaden Gesetz gegebenen Vollmachten der ausgiebigen Versorgung der Städte mit Fleisch thunlichst Rechnung getragen wird. Zur Sicherstellung dieser Versorgung sollte von einem Einfuhrverbot nur unter möglicher zeitlicher und örtlicher Beschränkung und nur zur Abwehr einer unmittelbaren, in größerem Umfange bedrohlichen Senke des augenbliklichen Gebrauchs gemacht werden. Eine möglichst baldige einheitliche Durchführung der strengen Fleischbeschränkung im inländischer und ausländischer Schlachtproben ist für Deutschland nothwendig.“

Der Vorstand des Städtetags soll bei dem Reichstanger und dem preussischen Staatsministerium im Sinne der vorstehenden Beschlüsse vorstellig werden. Schließlich erörterte man noch die Fraße „Schutz des Klein-gewerbes gegen die Waarenhäuser“. Die Debatte darüber war zwar recht lebhaft, doch wurden keine neuen Gesichtspunkte vorgebracht. Schließlich wurde ein von den Oberbürgermeistern Bander-Breslau und Adickes-Frankfurt a. M. gemeinschaftlich eingebrachter Vermittelungsvorschlag angenommen:

1. Es kann nicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, die fortschreitende Entwicklung des Kleinhandels-Großbetriebes, soweit er berechtigten Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens entspricht, mit gesetzgeberischen Maßnahmen zu bekämpfen.
2. Dagegen ist eine der wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Einzelbetriebe entsprechende Umgestaltung der gewerblichen Besteuerung als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit zu bezeichnen.
3. Die Festsetzung der Einzelheiten einer solchen Besteuerung muß wegen der Verschiedenheit der wirthlichen Verhältnisse den Gemeinden überlassen bleiben; dazu ist jedoch erforderlich, daß durch Staatsgesetz eine anderweitige Grundlage der Besteuerung geschaffen werde.
4. Ist es Sache des Staates, jeder steuerlichen Bevorsitzung großkapitalistischer Betriebe auch in Form von Genossenschaften vorzuziehen.“

Nach Wiederwahl des bisherigen Vorstandes wurde der Städtetag geschlossen.

1101 Millionäre in Oesterreich. Den eben erschienenen Mittheilungen des Finanzministeriums ist zu entnehmen, daß das größte auf Grund der Personaleinkommensteuer in Oesterreich der Besteuerung unterzogene Einkommen 3 005 000 fl. beträgt. Wer der Einkommen ist, wird natürlich nicht gesagt. Er hat noch 255 „Standes- und Berufsgenossen“, die die Kleinigkeit von mehr als 100 000 fl. jährlich an Einkommen angegeben haben. Von diesen 255 armen Tausen haben ihren ständigen Wohnsitz 141 in Wien. Als Millionäre in dem Sinne, daß sie Millionen jährlich zu „verzehren“ haben, meldeten sich im Jahre 1898 in Oesterreich außer dem erwähnten Höchstbesteuerten noch vier: einer mit 2 820 000 fl., einer mit 2 180 000 fl., einer mit 1 250 000 fl. und einer mit 1 005 000 fl. Jahres-einkommen. Ihnen reihen sich zwei mit mehr als 900 000 fl., einer mit weit mehr als 800 000 fl., je zwei mit mehr als 700 000 fl. und 600 000 fl. Einkommen an. Nimmt man als durchschnittliche Kapitalverzinsung vier von Hundert an, so ergibt sich nach dem Personaleinkommenbestimmniß des Jahres 1898 eine Zahl von 1101 Millionären, so viel Personen haben nämlich mehr als 40 000 fl. als Jahreseinkommen angegeben.

Heiteres. Aus Sachsen. Lehrer: Erst im Jahre 795 nach Christi Geburt nahmen die Sachsen das Christenthum an. Bis dahin waren sie Heiden gewesen. Nun, Emil, was willst Du fragen?

Schüler: Wie hat m'r denn bis dahin in Dräsen keltagt, wenn m'r: „Et Herrschafes!“ sagen wollte?

Ein Milderungsgarand. Richter: „Der Zeuge verlangt für die Kopfvorklung, die Sie ihm beigebracht haben, eine Geschädigung von hundert Mark!“ — Angekl. (erregt): „Was, Hundert Mark für so einen dämlichen Schadel? .. Lassen Sie sich 'mal, Herr Gerichtshof, die Schulzeugnisse von dem da zeigen!“

schweren Lidern (das einzig vollendet Schöne an diesem launenhaften, gänzlich unklassischen Gesicht) während des Gefanges nur ihm allein gestrahlt hätten, und baute die fähigsten Hoffnungen auf diese Wahrnehmung. In Wahrheit hatte ihr Blick nur auf Asta gerichtet, nur ihr das Lieb gegolten, das sie so gut kannte, das einst in der Schweizerpension selbst die kühl zurückhaltende Norddeutsche zu Ausbrüchen leidenschaftlicher Zärtlichkeit hingerissen hatte.

Nach heute noch bewährte das Bauberlieb seine alte Kraft. Thränen wollten sich gewaltiam in Astas Augen drängen, alle ihre Pulse flogen, ihr Busen hob und senkte sich in athemloser Hast vor Sehnsucht, die heißgeliebte Fremdin wie in den alten, goldenen Tagen an sich drücken zu dürfen — aber sie bezwang sich dennoch und stimmte, als Adriane geendet, nur in die Redensarten der andern mit ein. Nein, sie durfte dieses Weib nicht mehr kennen, das allerdings viel, viel durchgemacht haben mochte — wenn auch andres, als es der guten Fürstin vorgelegen hatte!

Bald darauf empfahl sich die Grigori. Die Fürstin bat sie noch, recht hübsche, lustige Sachen zum Vortrage bei ihrer nächsten Abendgesellschaft auszuwählen und reichte ihr dann die Hand zum Kusse. Ihr warmer Lebensblick wurde von Asta nur durch ein leichtes höfliches Kopfnicken beantwortet. Prinz Fähringen bot ihr den Arm und geleitete sie hinaus.

Auf der Treppe sagte sie: „Apropos, Prinz — ich habe eine Neuigkeit für Sie, die Sie vielleicht freuen wird. Sie sollen bei mir nicht mehr verriegelte Thüren finden. Ich habe mich entschlossen, mit nächstem Samstag meine Salons zu eröffnen, da ich inzwischen einen Hofmarschall gefunden habe, der die Honneurs des Hauses machen wird. Mein ganzer Hof ist feierlich geladen! Sie können auch der kleinen himmelblauen Offizier da oben mitbringen. Er ist einer meiner treuesten Anbeter!“

Sachend stieg sie in den Wagen und fuhr davon. —

(Fortsetzung folgt.)

sehr gut zu bekommen, Herr von Verjen, wenigstens haben Sie recht gesunde Farben.“

„Das ist mir äußerlich, meine Gnädigste! innerlich bin ich geradezu bleichsüchtig. O, wenn Sie in mein Herz blicken könnten, Grausame!“

Die schönen, jungen Offiziere haben alle einen großen Zettel vor ihrem Herzen hängen: „Hier ist ein Zimmer zu vermieten!“ ipottete die Sängerin.

„O — o, meine Gnädigste!“ stotterte der Lieutenant, da ihm nicht gleich eine witzige Erwiderung auf diesen Stich einfiel.

Die alte Fürstin hatte inzwischen Trudi über ihren Verlobten ausgeforscht und ihre Glückwünsche, mit allerlei kleinen Scherzen untermischt, vorgebracht.

„Sie müssen mir Ihren Professor herbringen, liebe Kleine. Er ist doch hoffentlich hübsch — haben Sie kein Bild bei sich?“

„Nein, Durchlaucht!“ lachte Trudi. „Aber hübsch ist er wirklich — sogar mein böser Bruder weiß keinen schlimmeren Spitznamen für ihn, als „Lohengrin.““

„Lohengrin? Scharmant, scharmant! Dies Genre fehlt gerade noch in meinem Salon“, rief die kleine, muntere Greisin und wiegte vor Bergmügen das leichte Körperchen auf dem elastischen Polster des seidenen Sofas. „Vous ne chantez pas Lohengrin, ma chère?“ wandte sie sich an Fräulein Grigori — und es kam Trudi vor, als ob sie das Französische noch eine Quante höher intonirte als das Deutsche.

„Vous vous moquez de moi, Princesse“, erwiderte die Angeredete lächelnd. „Avec ma voix de petite mässange!“

„Sie sollten Fräulein Grigori einmal ungarische Lieder singen hören, mein gnädiges Fräulein!“ wandte sich der Prinz Fähringen an Asta.

„Ja, oder auch serbische, rumänische — ich weiß überhaupt nicht, welche Sprache sie nicht spricht oder singt, unsere petite enchanteresse!“ rief die Fürstin begeistert aus. „Was für eine Landsmännin sind Sie eigentlich — man wird gar nicht ans Ihnen klug!“

Adriane fühlte Astas Auge auf sich ruhen und erröthete leicht, als sie der alten Dame antwortete: „Ich bin wahrscheinlich in irgend einer Höhle des Balkan zur Welt gekommen und vermute, daß mein Vater ein berühmter Räuberhauptmann gewesen ist. Meine Mutter soll eine ungarische Zigeunerin gewesen sein — ich habe keine Erinnerung mehr an sie, als ihre Wiegenlieder und eine Kette von goldenen Münzen, welche sie im Haar trug. Eine vornehme Wallachin erbarmte sich dann meiner, als ich verwaist war, und ließ mich mit ihren eignen Töchtern zugleich unterrichten. Als sie gestorben war, jagten mich die lieben Mädchen aus dem Hause, und ich mußte mir mein Brot selbst verdienen. Als Erzieherin kam ich weit in der Welt umher, bis mich in Paris der Musiklehrer meiner Herrschaft auf den Gedanken brachte, zur Bühne zu gehen. Das abhängige, an Kränkungen reiche Leben war mir verleidet. Ich folgte dem Rathe des guten alten Herrn und bildete mich zur Sängerin aus. Aber meine kleine, unbedeutende Stimme verschloß mir die Thore der Opernhäuser — so kam ich zur Operette.“

„Wie romantisch, wie entzückend!“ jubelte die Fürstin in ihrer allerhöchsten Tonlage. „Pauvre enfant, Sie haben gewiß viel durchmachen müssen!“

„Heiliger Bimbam, kann die lügen!“ dachte der Dragonerlieutenant.

Und dann ließ sich Fräulein Grigori auf vieles Bitten der Fürstin und ihres Neffen auch bereit finden, ein ungarisches Lied ohne Begleitung zum besten zu geben. Sie stellte sich in lässig anmüthiger Haltung vor die schwere Portiere, welche in üppigen Faltenwurf die weite Thüröffnung zum Nebenzimmer verdeckte und sang mit samtweicher, klarer, aber doch gedämpfter Stimme eins jener unbegreiflichen ungarischen Lieder, die unsern Ohren weder Rhythmus noch eine bestimmte Melodie zu haben scheinen, und doch unendlich ergreifend sind, voll süßer Wehmuth und leidenschaftlicher Sehnsucht.

Bodo währte, daß ihre dunklen Augensterne unter den